

VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mitteleuropa

Band IV/08

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 3. April 1948 bis zum 8. Juli 1948

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mitteleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

03.04.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/73-74): >>3. April 1948. Beim Bildersuchdienst in Friedland liegen über 23.000 Fotos von vermißten Wehrmichtsangehörigen vor. Das Rote Kreuz hat die Suchstelle eingerichtet. ...

Es gibt Heimkehrer, die unglaubliche Gedächtnisleistungen vollbringen. ... Die Bilder sind bei dieser Arbeit eine enorme Gedächtnisstütze. Leider sind es nicht nur freudige Nachrichten. ...

Die Befragung ergibt auch oft genug die Mitteilung des Todes. ...

Dann schreibt die (Lagerleitung): "Wir müssen Ihnen die traurige Nachricht übermitteln, daß heute von einem Kameraden ... mitgeteilt wurde, daß Ihr Sohn ... verstorben ist." ...<<

USA: Das europäische Wiederaufbauprogramm wird am 3. April 1948 verabschiedet. Bis zum 30. Juli 1952 erhalten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).

John F. Dulles (1888-1959; 1953-59 US-Außenminister, der den Kommunismus energisch bekämpft) sagt über den Marshall-Plan (x073/225-226): >>Das westliche Deutschland soll so schnell wie möglich dem westlichen Wirtschaftssystem eingegliedert werden. Wenn ich dies sage, so denke ich nicht an eine permanente Teilung Deutschlands, aber der einzig mögliche Weg, auf dem man Deutschland einen kann, ist der, im Westen Europas einen Zustand zu schaffen, der so attraktiv ist und der für den Osten eine solche Anziehungskraft hat, daß die Sowjets nicht in der Lage sind, den Osten Deutschlands einzubehalten. Dann kann man Deutschland wieder zusammenbekommen.

Mit anderen Worten: Ich finde mich nicht notwendigerweise mit einer permanenten Teilung Deutschlands ab, sondern sage, daß der einzige Weg, Deutschland unter Bedingungen zusammenzubringen, die für uns akzeptabel sind, der ist, mit der Eingliederung des westlichen Deutschlands in die so gesunde und kraftvolle Wirtschaft Westeuropas zu beginnen. ...<<

05.04.1948

SBZ/Ostpreußen: Stadt Königsberg – Erlebnisbericht der A. F. (x002/861-862): >>Unsere Freude kannte keine Grenzen, als wir die Ausreisegenehmigung der sowjetischen Behörden erhielten. Ein Mann und eine Frau, die sich vollkommen auf eine Nachbarin verlassen hatten und schon im voraus eine Gegenleistung gegeben hatten, waren ganz unglücklich, daß sie keine Ausreisepapiere bekamen. Eine Bekannte besaß noch eine goldene Brosche für die größte Not. Sie war bereit, dieses Schmuckstück zu opfern, wenn diesen beiden Deutschen dadurch die Ausreisegenehmigung beschafft werden könnte. Sie ging mit ihnen zur Miliz. Dort bekamen sie schließlich ohne zusätzliche "Geschenke" die Ausreisegenehmigung. ...

Wir gingen schon zeitig zur Miliz, wo wir uns versammeln sollten. Alle waren in großer freudiger Erregung. Aus dem Lautsprecher erklangen deutsche Heimatlieder. Mit Lastwagen wurden wir zur Bahn gefahren. Zum letzten Mal fuhren wir durch die Ruinenstraßen unserer Heimatstadt. Ein kurzer Augenblick der inneren Einkehr erfaßte mich, als wir am "Kaiser-Wilhelm-Platz" vorbeifuhren. Das Denkmal Kaiser Wilhelm I. stand noch unzerstört dort. Mit erhobenem Schwert grüßte uns der alte Kaiser zum letzten Mal, als wollte er uns mit auf den Weg geben: "Ich halte Wacht, bis ihr wieder zurückkommt."

In schneller Fahrt ging es weiter. Auf dem Rangierbahnhof angekommen, sahen wir schon viele Deutsche. Wer noch Rubel hatte, konnte noch Wurst, Brot, gute Seife, Zigaretten, Schokolade, Zucker, Lederhandschuhe usw. einkaufen. Diese Stände waren aber nur für Deutsche. Impfungen fanden auf dem Bahnhof statt. Vor der Ausreise mußten wir auch noch zur ärztlichen Untersuchung, ob wir frei von Ungeziefer waren. Dieser Untersuchungsschein mußte mit der Ausreisegenehmigung vorgelegt werden.

Auf dem Bahnhof wurde uns nochmals eine Ladung Läusepulver in den Nacken gestreut. Dann ging es zur Kontrolle. Verdächtige Personen mußten zur Leibesvisitation. Unser Zug

hatte 42 Waggons. (Es waren) große Güterwagen, 50 Tonnen. In jedem Waggon waren 40 bis 45 Personen. In der Mitte des Waggons stand ein eiserner Ofen. ...

Für Verpflegung mußten wir selber sorgen. ... Die Waggons wurden verschlossen, aber nicht verplombt, wie bei früheren Transporten. Der Zug verließ Königsberg. Auch jetzt (fühlte ich) keinen Trennungsschmerz. ...

Bei wunderbarem Frühlingswetter sind wir abgefahren. Die ostpreußischen Fluren und Felder sahen wir fast unbestellt. In südlicher Richtung ging es jetzt durch das polnisch besetzte Ostpreußen. Hier waren die Felder etwas mehr bestellt. Über Thorn, Bromberg usw. ging die Fahrt ... über Berlin bis nach Pasewalk.

In Pasewalk wurde jeder Transport registriert. Dann fuhren wir wieder zurück über Berlin bis Storkow, wo wir nachts ausgeladen wurden. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde mit Lastautos nach Küchensee ins Quarantänelager gefahren. Die anderen mußten zu Fuß gehen. Nach 6tägiger Reise hatten wir das Ziel erreicht.<<

USA: Das US-State Departement berichtet dem nordamerikanischen Senat am 5. April 1948, daß die sowjetische Behauptung zurückgewiesen wurde, wonach die Oder-Neiße-Linie die endgültige deutsch-polnische Grenze sei (x028/244).

06.04.1948

SBZ/Ostpreußen: Tapiau, Kreis Wehlau – Erlebnisbericht der Frieda R. (x002/859): >>Am 6. April nahmen wir Abschied von den zurückbleibenden Deutschen. Der Direktor, seine Vertreterin und (der) Arbeitskommandant sowie mehrere Mädels aus dem Internat ... hatten sich eingefunden, um uns eine gute Reise zu wünschen. Den Mädels, denen ich bei den deutsch-russischen Übersetzungen geholfen hatte, versprach ich noch, zu schreiben, habe es aber später nie getan.

Als der Arbeitskommandant mir die Hand reichte, sagte ich zu ihm: "Nun bist du glücklich, daß du die Sarasa (Pest) los bist." Er lächelte ganz verlegen und sagte: "Aber nein, nein."

Am Bahnhof stand ein Güterzug, in den wir ohne Kontrolle einsteigen durften. Von benachbarten Kolchosen trafen noch Deutsche ein, und so füllte sich der Zug. Ein Trupp "wandelnder Leichen", könnte man sagen, ging den Bahnsteig entlang, Ich hatte sie noch nie im Straßenbild von Tapiau gesehen, es waren mehrere Frauen mit Kindern. Die Russen wurden aufmerksam und steckten die Leute in einen schadhafte leeren Waggon. Was aus den Leuten geworden ist, kann ich nicht sagen, denn ich habe sie nie wieder gesehen. Nicht in Königsberg, wo wir uns stundenlang in einer großen Halle herumdrückten, wo es fast alle Lebensmittel zu kaufen gab, noch auf der Fahrt, wenn der Zug auf offener Strecke hielt und wir den Acker düngen durften. Es war ein seltenes Bild, wenn sich 2.300 Menschen auf dem Felde verteilten, denn auf Bahnhöfen hielt der Zug nicht. ...<<

07.04.1948

SBZ/Ostpreußen: Kreis Heiligenbeil – Erlebnisbericht des Gärtners A. R. (x002/141): >>Beim 2. Transport nach Deutschland, am 7. April 1948, waren auch wir dabei.

Der Rest unserer Verwandten, der noch zurückbleiben mußte, kam mit dem 3. Transport im Oktober 1948 heraus.<<

Vertreibung aus dem Kreis Wehlau – Erlebnisbericht der Frieda R. (x002/859-860): >>Unser Zug blieb in der Nacht auf dem Bahnhof in Tapiau stehen und fuhr am 7. April morgens nach Königsberg.

Wir wurden in eine Halle geschleust, wo wir unsere Rubel an den Mann bringen mußten, denn mitnehmen durften wir keine Rubel und hatten auch kein Verlangen danach. Dann ging es durch die Kontrolle. Ich wurde nach Geld gefragt, ich hatte 700 RM, durfte 200 RM behalten und bekam eine weiße Quittung, daß mir laut Devisengesetz 300 RM (!) abgenommen wurden und ich innerhalb von 6 Monaten dagegen Einspruch erheben kann. Als ich fragte: "Warum nehmt ihr uns das Geld fort, wir brauchen es doch", meinte er: "Das ist Gesetz" und schob mir

einen 50 RM-Schein hin. Er faßte in meine Tasche und holte mein Sparbuch heraus, in dem noch Fotos und Adressen waren und warf alles in eine große Kiste, wo schon vieles drin lag. "Ich brauche die Adressen", sagte ich. "In Deutschland ist ein Suchdienst, da kannst du alles haben", erwiderte er. ... Andere mußten Leibesvisitationen über sich ergehen lassen und es gab manchen Krach.

An einem anderen Tisch mußten wir unseren Fahrschein abgeben und wurden in einer Liste registriert, auf der schon die Waggonnummer angegeben war. Wir traten an eine Sperre, wurden laut Liste aufgerufen. ... Ein Soldat mit Gewehr führte uns mit der strengen Weisung zum Waggon, ihn nicht zu verlassen. - So füllte sich langsam der Zug. In jedem Waggon waren etwa 40 bis 50 Personen.

Es war schon ganz dunkel, da hieß es plötzlich, alle Deutschen sollten ohne Gepäck den Waggon verlassen und davor stehen bleiben. Wir waren mißtrauisch, aber als dann ein Offizier mit 2 Soldaten kam, mußten wir ... gehorchen. Die Russen kletterten hinein und durchsuchten den Wagen nach Spionen oder blinden Passagieren, darauf nahm der Offizier die Liste, und wer gerufen wurde, mußte einsteigen.

Der Offizier gab dem Soldaten die strenge Weisung, gut achtzugeben und nur keine Unbefugten einsteigen zu lassen. Als alle eingestiegen waren, wurde nochmals gezählt, und es stimmte. Der Offizier sagte uns, daß er den Zug bis Pasewalk begleiten würde, in welches Lager wir kämen, wußte er nicht. Die Wagen wurden fest verschlossen und die Nacht über streng bewacht. Wir hörten die Posten an beiden Seiten des Zuges entlanggehen, sogar über die Waggondächer gingen sie.<<

CSR: Nach dem Staatsstreich verschärft sich der antijüdische Kurs der Kommunisten. Die am 7. April 1948 vorgenommene Revision des Restitutionsgesetzes schließt sämtliche Wiedergutmachungsverpflichtungen aus, wenn sie gegen das öffentliche Interesse verstoßen (x004/103).

08.04.1948

SBZ/Ostprien: Vertreibung aus dem Kreis Wehlau – Erlebnisbericht der Frieda R. (x002/860): >>Am 8. April fuhr der Zug morgens aus Königsberg ab, die Wagen blieben geschlossen, bis wir über Preußisch Eylau hinaus auf polnischem Gebiet waren.

Durch Spalten in den Waggonwänden sahen wir ... nur verödetes, verkrautetes Land, wo einst mit Roggen bebautes Land war. Das gleiche Bild wie in Tapiau.

Die Heimat war unter dem russischen Regime keine traute Heimat mehr. Sie sah uns vielmehr mit traurigen Augen an, und trotz allem Schweren, das wir dort erleben mußten, fiel uns der Abschied nicht leicht.<<

Ostdeutschland: Gefängnis in Marienburg, Westpreußen – Erlebnisbericht der Bäuerin Berta P. (x002/478): >>Nach 20 Monaten kam ich ... nach Bromberg zur Miliz.

Dort wurde ich 14 Tage festgehalten. ... Ich mußte ... Lederstühle 2 Etagen heruntertragen. Als ich die Stühle absetzte, bekam ich vom Kommandanten gleich einen Tritt mit dem Stiefel ins Gesäß, daß mir das Bewußtsein schwand. Als ich zu mir kam, stand er mit der Reitpeitsche (vor mir) und schrie: "Du Kurva (Hure), Dir werde ich helfen." ...

Bei der Miliz war die Hölle auf Erden. ...<<

10.04.1948

SBZ/Ostprien: Ausweisung aus Gumbinnen – Erlebnisbericht des Ernst W. (x002/867-868): >>Bei unserer Ankunft auf der Verladerrampe stand schon der Transportzug - bestehend aus geschlossenen Viehwagen ohne Sitzgelegenheiten - für unsere Abreise bereit.

Eine Anzahl Gumbinner Landsleute hatte sich eingefunden, um sich von uns zu verabschieden. Am Abend des gleichen Tages ging die Fahrt bis Königsberg. Hier mußte alles aussteigen und sich in einer nahegelegenen Halle zur Paßkontrolle begeben. Einzelnen mußten wir

durch eine Sperre, die von Zollbeamten besetzt war und unseren russischen Ausweis, sowie die Brieftasche zur Einsichtnahme abgeben.

Es sollte hier festgestellt werden, ob man noch alte Reichsbanknoten und sonstige verdächtige Papiere bei sich hatte. Wer größere Altgeldbeträge bei sich trug, dem wurden diese Geldscheine, ohne ein Wort zu sagen, von den Zollbeamten eingezogen. Sogar Sparkassenbücher wurden den ahnungslosen Menschen gestohlen.

Nach Erledigung all dieser Formalitäten durften wir dann abgezählt, zu je 30 Personen, die vorgeschriebenen nummerierten Personenwagen besteigen. Für jeden dieser Wagen wurde ein Transportführer bestimmt, der für Ordnung und Sauberkeit zu sorgen hatte. Daraufhin wurde der Wagen abgeschlossen und verplombt. Russische Posten patrouillierten zu beiden Seiten mit ... Gewehren, bis sich der Zug in Bewegung setzte.

... Die Fahrt ging über Braunsberg - Allenstein - Osterode bis hinaus nach Pasewalk in Pommern. Dort wurden wir auf deutschem Boden vom Roten Kreuz gepflegt. Es war nach der jahrelangen Trennung ein eigenartiges Gefühl, jetzt mit freien Menschen über die Verhältnisse im übrigen Reich offen sprechen zu können. Eine andere Welt tat sich vor unseren Augen auf. Die Kinder, Kranken und alten Leute wurden hier in rührender Weise von den Helferinnen des DRK betreut.

Dann ging die Fahrt über Berlin - Potsdam bis zum Quarantänelager Suhl (Thüringen). In den 2 Wochen Quarantänezeit versuchte nun jeder, Verbindung mit seinen Angehörigen zu bekommen.<<

Jugoslawien: Lebensverhältnisse der Volksdeutschen im Banat – Erlebnisbericht des Pfarrers Franz W. (x006/622): >>Nach der Entlassung aus dem Lager wurde 1948 bekanntgegeben, daß man die jugoslawische Staatsangehörigkeit erwerben könne.

Man war verpflichtet, sich in der Gemeinde zu melden. Wir mußten eine Unterschrift leisten und schon waren wir jugoslawische Staatsbürger. So schnell es gegangen war, die Staatsbürgerschaft zu verlieren, so schnell ging es auch, sie wieder neu zu erlangen. Ich nahm die Staatsbürgerschaft an, weil ich der Pfarrer, den Behörden immer ein Dorn im Auge war. ...

Ich habe diese Staatsangehörigkeit später aber wieder gekündigt. ...<<

Berlin: General Clay warnt am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ...

Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren. Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position.

Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen.

Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben.<<

11.04.1948

Frankreich: Raymond Aron schreibt am 11. April 1948 in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" über die Verdrängung der kommunistischen Verbrechen (x087/128): >>Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie. ...<<

13.04.1948

CSR: Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik beschließt am 13. April 1948 ein Gesetz über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher und madjarischer Nationalität (x004/308-309): >>... § 3 (1) Die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft darf nur einem Gesuchsteller wieder verliehen werden, der die Pflicht-

ten eines tschechoslowakischen Staatsbürgers nicht verletzt, keine andere Staatsangehörigkeit erworben und seinen ständigen Wohnsitz im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik hat.
(2) Ein Gesuchsteller, der das 14. Lebensjahr erreicht hat oder es spätestens am letzten Tage der für die Einbringung der Gesuche gesetzten Frist erreicht, muß darüber hinaus eine seinen Verhältnissen angemessene Kenntnis der tschechischen oder der slowakischen Sprache nachweisen. ...

§ 7 Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft, es wird vom Minister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Mitgliedern der Regierung durchgeführt.<<

15.04.1948

Ostdeutschland: Kreis Kulm in Westpreußen – Erlebnisbericht der Annemarie M. (x002/-510): >>Nach über 2 Jahren kamen ... meine Kinder im Jahre 1948 nach Schwetz zurück.

Als ich sie dann zum ersten Mal besuchen wollte, wurde es mir nicht erlaubt. Ich erhielt keinen Passierschein. Es wäre (für Deutsche) verboten, von einem Kreis in einen anderen Kreis zu gehen. Die Sehnsucht nach den Kindern trieb mich dann dazu, auszurücken. Eine Polin aus dem Dorf gab mir das Reisegeld bis nach Kulm und zurück. Von Kulm nach Schwetz, etwa 9-10 km, ging ich zu Fuß. In Schwetz angekommen, wurde ich den Kindern vorgestellt. Ich war ihnen schon ganz entfremdet. ...<<

Rumänien: Hermannstadt in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht des Fabrikanten Viktor F. (x007/296): >>Im April 1948 wurde ... ein Großteil der privaten Häuser ohne Entschädigung verstaatlicht.

Mein letzter Besitz, Haus und Garten, ... wurde auch enteignet. Ich durfte noch weiter im Hause wohnen und bekam ein Zimmer zugeteilt, für das ich noch monatlich 500 Lei bezahlen mußte. Alle übrigen Räume, sofern sie nicht schon früher requiriert (beschlagnahmt) waren, wurden von kommunistischen Arbeitern belegt. In den 7 Zimmern meines Hauses wohnten nunmehr 6 Parteien, wovon 5 gemeinsam die Küche benutzten. ...<<

WBZ: Die "Neue Zeitung" veröffentlicht am 15. April 1948 einen Text von Wolfgang Borchert (x115/101): >>... Wir sind die Generation ohne Bindung und ohne Tiefe. Unsere Tiefe ist der Abgrund. Wir sind die Generation ohne Glück, ohne Heimat und ohne Abschied. Unsere Sonne ist schmal, ... unsere Jugend ist ohne Jugend. Und wir sind die Generation ohne Grenze, ohne Hemmung und Behütung - ausgestoßen aus dem Laufgitter des Kindseins in eine Welt, welche die uns bereiten, die uns darum verachten. ...<<

16.04.1948

SBZ: In der SBZ und in Ost-Berlin dürfen keine westlichen Zeitungen mehr verkauft werden.

30.04. 1948

Rumänien: Hermannstadt in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der Eva K. (x007/296-297):

>>Familien wurden auf engstem Raum zusammengedrängt; alte erwerbslose Leute wurden mit völlig fremden Personen in einem Zimmer untergebracht. Die Aufteilung eines Raumes durch Schränke und Vorhänge war damals in Rumänien etwas Alltägliches. ...

Die Wohnungskommissare waren gefürchtet. In den ersten Jahren gelang es noch, die oft nichtkommunistischen Kommissare zu bestechen, aber es wurde immer gefährlicher. ...

Bis 1948 waren viele Russen in der Stadt. ... Hermannstadt war sehr überbevölkert, da viele Flüchtlinge aus der Bukowina und Bessarabien gekommen waren, außerdem vergrößerte sich der Verwaltungsapparat, so daß Büros gebraucht wurden. Durch die Vergrößerung der Fabriken strömten viele Arbeiter vom Land in die Stadt.

Dank meiner damaligen Beziehung zum Wohnungsamt gelang es mir, in die Wohnung meiner Großmutter, die alleinstehend war, zu ziehen und 3 Jahre - ohne Einquartierung - mit ihr allein in einer Dreizimmerwohnung zu wohnen.

Im Jahre 1948 wurde jedoch ihr Haus (bestehend aus 4 Dreizimmerwohnungen, 2 Etagen) enteignet und verstaatlicht. Sie mußte einen Bogen unterschreiben, in dem stand, daß sie, als

frühere Ausbeuterin, ihr Haus dem Staate zur Verfügung stellte. Von der Haussteuer, die andere Besitzer weiterzahlen mußten, war sie als über 75jährige befreit. ...<<

April 1948

Polen: Albert Forster (1902 in Fürth geboren, ehemaliger NS-Reichsstatthalter des Reichsgaues Danzig-Westpreußen) wird im April 1948 in Warschau wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tod verurteilt.

Das Todesurteil wird später nach Gnadengesuchen mehrfach aufgeschoben. Forster wird schließlich im Jahre 1952 in Warschau hingerichtet.

01.05.1948

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Bezirk Tscheljabinsk – Erlebnisbericht der Gerlinde W. (x002/21): >>Wer fieberfrei war, war ... nicht krank!

So habe ich mich 14 Tage lang mit einer Nierenkapselvereiterung herumschleppen müssen. Bis ich eines Tages umfiel und mit 38° Fieber endlich ins Lazarett eingewiesen wurde. Man brachte mich in ein russisches Stadtlazarett zur Operation. ...<<

Zwangsarbeitslager im Ural – Erlebnisbericht der Schneiderin Anna S. (x002/101-102):

>>Nach 8wöchigem Krankenlager meldete ich mich freiwillig zur Arbeit auf einer Kolchose. Dort habe ich mich trotz langer und anstrengender Arbeit etwas erholt. Die Verpflegung war dort reichlicher und schmackhafter, die Arbeit wurde durch Ruhepausen unterbrochen.

Auch bei der Arbeit auf den Feldern hatten wir eine Norm zu erfüllen, die wir aber fast immer schafften. Eine große Plage waren die vielen Mücken und Fliegen. Dazu kam die Hitze ... Die Nächte waren dagegen kühl. Vor Sonnenaufgang war es richtig kalt, doch sobald die Sonne aufging, wurde es heiß. Das Mittagessen wurde auf dem Felde gekocht. Unsere Arbeit fing um 7.00 Uhr früh an.

Das 3jährige Warten auf die Heimkehr machte uns zuletzt gleichgültig, zänkisch oder launisch. Wir schrien uns manchmal an, waren verdrossen, müde und abgestumpft. Dann gab es wieder Parolen, die uns Hoffnungen machten, um uns dann um so tiefer zu enttäuschen.

Unsere Natschalniks waren keine Engel, aber sie behandelten uns menschlich. Nach Wochen harter Arbeit gab es am 1. Mai den ersuchten Ruhetag. Man schien mit unserer Arbeit zufrieden zu sein. Wir hatten die vorgeschriebene Norm erfüllt. Das Gemüse wuchs, aber auch das Unkraut. Wenn wir an einem Ende mit dem Hacken aufhörten, war der Anfang schon wieder grün von Unkraut. Unsere Zeit verging mit Hacken, Jäten, Essen, Schlafen, auf eine gute Nachricht hoffend.

Eine Nachricht kam auch, aber nicht für uns Reichsdeutsche. Eines Tages wurden die Ungarn und Rumänen aufgerufen, ins Lager gebracht und in ihre Heimat abtransportiert.<<

WBZ: Der Berliner "Tagesspiegel" berichtet am 1. Mai 1948 über die Ansiedlung von vertriebenen Sudetendeutschen in Bayern (x115/149): >>Nicht freiwillig, sondern gezwungen, Haus, Heim, Werkstatt, Besitz zurücklassend, Neusiedler der Jahre 1945, 1946 und 1947, kamen sie in das zerschlagene Deutschland und schufen sich dort zwischen Trümmern und Verwüstung in rund 2 Jahren aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage.

Die modernen Neusiedler wanderten, nachdem sie wochenlang in Lagern, tagelang in berstend vollen Zügen zusammengepfercht waren, gebeugt unter hastig verpackten Säcken und Koffern, müden Schrittes zunächst wieder in ein Flüchtlingslager. Nicht Männer, sondern Frauen, Kinder, Greise und Kranke bildeten die Überzahl. Die Männer hatten zum Teil zurückbleiben müssen. ...

Sie waren Fremde, das neue Land war nicht neue Heimat, sondern neue Unsicherheit. Der Grund und Boden, auf dem sie sich niederließen, wurde ihnen nur leihweise überlassen. ... Sie kamen in ein übervölkertes und zerstörtes Land, wo ihnen Mißtrauen, Ablehnung, Brotneid begegneten, wo die Tür vor ihnen öfter zugeworfen als aufgetan wurde.

In 2 Jahren haben diese Männer und Frauen aus Gablonz nun bei Kaufbeuren ... buchstäblich aus dem Nichts Notwohnungen, Werkstätten und eine Industrie aufgebaut, die bisher einen Umsatz von 50 Millionen Mark erzielte und mehr als 6.000 Flüchtlinge beschäftigt. Die als Heimatlose und Bittende kamen, sind heute selbständig, die besten Steuerzahler und teilweise sogar Arbeitgeber der Einheimischen in ihrer neuen Heimat geworden. ...<<

04.05.1948

Ostdeutschland: Gefängnis in Fordon bei Bromberg, Westpreußen – Erlebnisbericht der E. S. (x002/474): >>Anfang Mai 1948 erkrankte ich an Bauchtyphus, nachdem ich in Danzig im August 1945 schon Flecktyphus überstanden hatte.

Es wurde mir diesmal nicht erlaubt, mich hinzulegen. Ich wurde nicht ins Spital aufgenommen. Der damals in Fordon amtierende Arzt hatte Urlaub. Sein Vertreter, ein leitender polnischer Beamter, Melker von Beruf, erklärte meine Krankheit zur Komödie. Die Aufsichtsbeamtinnen, die meinen elenden Zustand sahen, versuchten mehrmals, meine Aufnahme ins Spital durchzusetzen. Es gelang ihnen nicht. Immer wieder wurde ich zurückgewiesen mit der Begründung: "Komödia!"

Vorausschicken muß ich noch, daß es damals in Fordon überhaupt sehr gefährlich war, zum Arzt zu gehen, denn in 90 von 100 Fällen wurden die Betroffenen etwa eine Stunde später abgeholt und für 48 Stunden in einen dunklen Keller gesperrt, in dem außer Ratten und schmutzigem Wasser auf dem Fußboden nichts vorhanden war. ...<<

06.05.1948

CSR: Die Verfassunggebende Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik beschließt am 6. Mai 1948 ein Gesetz über die Liquidierung der Rechtsverhältnisse der Deutschen Evangelischen Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien (x004/310-311): >>... § 1 Die Deutsche Evangelische Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien hat am 4. Mai 1945 aufgehört zu bestehen. ...

§ 3 (1) Das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen, namentlich auch die Vermögensrechte, das bis zum 4. Mai 1945 im Eigentum der Kirchengemeinden (der Pfarr- oder Kreisgemeinden oder allgemeinen Gemeinden) der Kirche oder ihrer Anstalten, Stiftungen und Fonds stand, geht in das Eigentum des Tschechoslowakischen Staates über. ...

§ 5 (1) Durch dieses Gesetz wird die Gültigkeit von Handlungen, die bei der Führung der kirchlichen Matrikeln (Personenstandsregister) vorgenommen wurden, sowie die Gültigkeit der Ehen, die vor den Seelsorgern der Kirche bis zu dem Tage geschlossen wurden, an dem dieses Gesetz in Kraft getreten ist, nicht berührt. ...

§ 6 Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft, es wird von den Ministern für Schulwesen und Kultur und des Innern durchgeführt.<<

07.05.1948

Ungarn: Kaposszekcső im Komitat Baranya – Erlebnisbericht der Susanne K. (x008/87): >>Die Kommunisten erzählten immer, daß die Deutschen von zu Hause fort müßten. Aber wohin, sagte uns keiner. Auch hörte ich niemals etwas von einem Potsdamer Abkommen, wonach wir nach Deutschland umzusiedeln sind. Wir glaubten, wir kämen nach Rußland.

Am 7. Mai 1948 kam Gemeindediener B. zu uns und sagte auf deutsch: "In 5 Tagen kommt ihr mit einem Transport weg". Er übergab uns eine schriftliche Nachricht. ...

Im ... Hauptbahnhof stand ein großer Transportzug für uns bereit. ... Es hieß, wir kämen nach Pirna (in die russische Zone). ...<<

10.05.1948

Jugoslawien: Sammellager Novi Sad/Neusatz – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/394): >>Der stellvertretende Lagerkommandant, Vlado, ein Bürschlein von 20 Jahren, kam am 10. Mai, abends ins Lager, ließ uns zusammenrufen und hielt ... uns eine haßerfüllte Ansprache.

Er beschimpfte uns in allen Tonarten und drohte mit Tod und Verderben. Er sagte, es habe sich herausgestellt, daß wir Pfarrer unverbesserlich seien. "Wir haben euch lange Zeit gelassen zur "Besserung", aber ihr habt nicht gewollt! Wohlan denn!" Wenn wir bei ihnen nicht mitarbeiten wollten, so werden sie uns nunmehr nach Rußland abschieben. "Ihr habt es so gewollt", schrie er uns an, "so müssen wir uns denn trennen!" Er schärfte uns dann noch ein, daß er nicht umsonst die Bewachung und Beleuchtung um das ganze Lager herum verdoppelt, ja verdreifacht habe. Die Wache habe Schießbefehl, und wer sich auch nur weiter als 3 Schritte weit von der Baracke entfernt, wird erschossen.

Am nächsten Tag wurden wir dann in verschlossenen Viehwagen abtransportiert. Aber unser Eisenbahnwaggon war ein alter Kasten, und so konnten wir ... gut durch die Ritzen schauen. Bald stellten wir fest, daß es nicht gegen Osten, sondern nach Süden ging. Na, und schließlich wurden wir in Karlsdorf auswaggoniert und dem dortigen "Altersheim" zugewiesen. (Hier blieben wir) ... bis (zur) Ausreise nach Deutschland im August 1952.<<

Kolchosa bei Beograd – Erlebnisbericht der Berta S. (x006/595-596): >>Die Lagerhaft wurden mit der Zwangsarbeitsverpflichtung vertauscht. In die Freiheit wurden die Volksdeutschen nur entlassen, falls es ihnen gelang, bei Serben Arbeit zu finden. Nur wenige hatten dieses Glück. Die meisten wurden auf Staatsgüter verteilt. Im Mai verließen die letzten Lagerinsassen von Rudolfsgnad das Lager. Auf diesen Staatsgütern wurden sie zu 3 Jahren Zwangsarbeit verpflichtet. ...

Auf den Staatsgütern ging es den gewesenen Internierten oft auch sehr schlecht. Sie ... durften ihre Arbeitsstellen nicht wechseln. Der Lohn für ihre Arbeitsleistung war gering. Sie durften sich auch nur mit Genehmigung des Vorgesetzten vom Arbeitsort entfernen. Erst nach Ablauf der vorgeschriebenen Zwangsverpflichtung gab es gewisse Erleichterungen. ... In den Dörfern war es für die Volksdeutschen leichter, weil es dort gewöhnlich auch andere nationale Minderheiten gab.

Meine Familie und ich kamen auf das Staatsgut IX, bei Beograd. 1.200 Personen kamen in die unfertigen Baracken. Wir waren 300 Personen in einer Baracke mit nur 2 Ausgängen. Hier lag Mann oder Frau, Kind oder Greis, ob Fremde oder die eigenen Angehörigen, alle lagen auf Pritschen nebeneinander. Es gab auch hier keinen Tisch, Stuhl oder Schrank. Das Essen wurde auf den Pritschen eingenommen. Die Kleider mußte man weiterhin in Säcke stopfen. An der Decke hing alles voll, weil man keinen anderen freien Platz hatte, um etwas hinzulegen. Wir bekamen Kesselkost. Bei jeder Lohnauszahlung wurde die Kost verrechnet.

Unsere Betten bestanden wie im Lager noch immer aus Stroh. ... Viele hatten ihre Pritschen mit Decken abgeteilt, weil man sich sonst gar nicht reinigen oder umziehen konnte, ohne daß man gesehen wurde. Es gab nur 4 große Baracken. Andere freie Räume standen keine zur Verfügung. Einige Familien wohnten sogar anfangs im Kuhstall, so daß es vorkam, daß die Leute, wenn sie schliefen, von den Kühen bespritzt wurden. Andere wohnten auf dem Dachboden oder neben dem Schweinestall. ... Erst Ende 1949 ... wurden neue Räume geschaffen. ... Bis dahin waren viele Familien in einem Raum untergebracht. –

Der Mensch konnte sich's nie bequem machen und hatte auch nie seine Ruhe, weil es wie in einem Wartesaal zuring.

Die auf dem Saatgut arbeitenden Serben hatten es viel besser, weil sie in jeder Hinsicht bevorzugt waren. Es wohnte keiner mit den Volksdeutschen zusammen. Während der Arbeit hatten sie die Aufsicht über die Volksdeutschen; auch wenn sie nicht lesen und schreiben konnten und sich diese Arbeit von den Deutschen machen lassen mußten, so wurde ihnen dieser Posten trotzdem zugesagt. ...

Auf dem Staatsgut wurden wir auch von Polizei bewacht. Wir erhielten fast keine Freiheit. ... Abends wurde jede Person mit Namen vorgelesen, ob auch alle da waren - und wehe, wenn dies nicht der Fall war. Die Volksdeutschen trachteten mehrheitlich danach, daß sie zu dieser

Zeit in der Baracke waren. Sie hatten sich an diesen "Gehorsam" gewöhnt und ganz selten wurde eine Verordnung mißachtet. ...<<

SBZ: Die evangelischen Bischöfe der SBZ verwahren sich dagegen, daß die SMAD kirchliche Einrichtungen für politische Maßnahmen nutzt.

11.05.1948

Jugoslawien: Volksdeutsche im "Altersheim" Karlsdorf – Erlebnisbericht des Pfarrers Cornelius W. (x006/608): >>Wir Pfarrer (kamen) am 11. Mai 1948 nach Karlsdorf. Wir trafen dort ungefähr 600-700 alte, ausgemergelte deutsche Menschen (vormalige Lagerinsassen) an. Diese waren in einem Magazin des früheren deutschen Fliegerhorstes untergebracht. Dieses Magazin hatte selbstverständlich keine richtigen Fenster und keine Zimmerdecke. Es war als Altenheim völlig ungeeignet.

Und doch war hier - im Vergleich zum früheren Lagerleben - ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Fast jedes Menschenkind hatte seine eigene Bettstelle. War auch so manches Bett recht primitiv - man konnte doch sagen: "Es ist mein Bett!" Als wir Pfarrer dort die "Führung" übernahmen, lagen anfangs noch ca. 100-150 Leute auf "Pritschen", aber wir setzten durch, daß auch diese im Verlauf von wenigen Wochen ihre Bettstellen erhielten. ...<<

WBZ: Die Herausgeber des "Ulenspiegel" müssen ihre Lizenz an die nordamerikanische Militärregierung zurückgeben, weil sie ihre Unabhängigkeit verteidigen und kritische Berichte veröffentlichen.

14.05.1948

Israel: Nach dem Erlöschen des britischen Mandats über Palästina ruft Ben Gurion am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel aus und übernimmt das Amt des Premierministers.

Der neue Staat Israel wird nach dem Gründungsakt durch die Vereinigten Staaten anerkannt. Die Anerkennung durch die Sowjetunion folgt einige Tage später. Die arabische Bevölkerung lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.

15.05.1948

Jugoslawien: Lebensverhältnisse der Volksdeutschen im Bezirk Pantschowa, Banat – Erlebnisbericht des Pfarrers Franz W. (x006/622): >>Viele Deutsche ... waren im Pantschowaeer Ried beschäftigt. ... Viele sind auch in die Städte abgewandert.

Als Arbeiter waren unsere Leute sehr beliebt. Wir hatten einen Verwalter, M. Drago, ein Serbe, der sehr gut zu uns war. Es ging den Schwaben auf den Staatsgütern im allgemeinen nicht schlecht. Nur ein gewisser Dusan Babic war sehr brutal, er erschoss einen Deutschen. Es handelte sich um einen zum Tode verurteilten Mann, der aus dem Gefängnis von Pantschowa geflüchtet war. Unglücklicherweise arbeitete seine Frau damals auf diesem Staatsgut. ... Als er zu seiner Frau wollte, lauerte man ihm auf. ... Seine Frau wanderte später mit ihren 2 Kindern in die USA aus.

Aber sonst sind die Leute ... gut behandelt worden. Die Verwalter waren immer Einheimische. Oftmals waren es sogar ehemalige Nachbarn, die uns rücksichtsvoll behandelten. Man wollte ja auch etwas erzeugen, und da dachte man, es sei besser, wenn man ortseigene Arbeiter beschäftigen würde. Die eigenen Leute würden ... auch mehr Interesse haben, die Wirtschaft des Dorfes anzukurbeln.

Nach der Entlassung aus den Lagern bekamen die Deutschen ihr Eigentum nicht zurück, auch wenn sie die Staatsbürgerschaft angenommen hatten.<<

16.05.1948

SBZ: Der evangelische Bischof Dibelius fordert zum "zivilen Ungehorsam" auf (x112/513): >>Es geht in den heutigen Tagen vor allem um das eine, die Freiheit zu behalten, wahrhaftig zu bleiben, was auch immer geschieht. ...

Man muß den Kampf aufnehmen gegen jeglichen Druck auf Überzeugung und Gewissen. Wo es darum geht, eine Überzeugung zu bekunden, bei Wahlen, Kundgebungen, Entscheidungen für eine Partei, Volksabstimmungen und ähnlichen Gelegenheiten, da gilt kein Gehorsam, sondern die eigene gewissenhafte Überzeugung.<<

19.05.1948

Ostdeutschland: Internierungslager in Landsberg an der Warthe, Ostbrandenburg – Erlebnisbericht der G. W. (x002/549): >>Wir wurden damals einfach verkauft und kamen als billige Arbeitskräfte nach Landsberg. Einige Lagerinsassen schrieben an ihre Angehörigen nach Deutschland. Diese hatten sich an die zuständigen polnischen Stellen gewandt und direkt an das Ministerium nach Warschau geschrieben. Das Ministerium in Warschau wußte gar nichts von den dort bestehenden Lagern.

Im Mai kam eine Kommission und besichtigte alles. Sie haben auch einzelne Personen befragt, wie denn die Behandlung sei und woher sie stammten. Wo die Angehörigen wären und ob wir auch nach Deutschland fahren wollten.

Es dauerte auch gar nicht mehr lange, bis auch die Personen, welche außerhalb des Lagers auf Gütern, bei polnischen Bauern und im Walde arbeiteten, wieder ins Lager zurückkamen. Dann kam eine Kommission und stellte uns allerhand Fragen. Wir mußten Formulare unterschreiben, daß wir deutsche Staatsangehörige sind, Angehörige im Reich haben, den polnischen Staat verlassen wollen und an ihn keine Forderungen und Ansprüche stellen.

Es sind noch etliche Personen zurückgeblieben. Man versprach ihnen, ihr Eigentum zurückzugeben und die gleichen Rechte wie den polnischen Staatsbürgern einzuräumen, wenn sie für Polen optieren.<<

WBZ: Konrad Adenauer sagt während einer Sitzung des CDU-Zonenausschusses (x112/515): >>... Die Forderung auf Rückgabe der Ostgebiete müssen wir nach wie vor nachdrücklich stellen und aufrechterhalten, weil ohne die Ostgebiete das übrige Deutschland, abgesehen von der Flüchtlingsfrage, wirtschaftlich derart gelagert ist, daß es sowohl für die Deutschen selbst, aber auch für das übrige Westeuropa kaum tragbar ist. ...

So sehr wir den Marshall-Plan und die Hilfe begrüßen, so glaube ich doch, daß der Marshall-Plan nicht ewig weiterlaufen wird. Wir Deutschen werden selbst die Hauptarbeit tragen müssen, um unser Volk wieder in die Höhe zu bringen. ...<<

25.05.1948

Ostdeutschland: Gefängnis in Fordon bei Bromberg, Westpreußen – Erlebnisbericht der E. S. (x002/475): >>Solange man nicht vom Arzt krankgeschrieben war oder ins Spital aufgenommen wurde, bestand Arbeitszwang. Außerdem durfte man sich während des Tages nicht hinlegen. Ich mußte mit dem hohen Fieber täglich morgens zum Appell antreten, dabei konnte ich kaum stehen und wurde beim Gehen von meinen Kameradinnen gestützt. Wenn mich das Bewußtsein verlassen wollte, hielt mich der Gedanke aufrecht: Nur nicht in den schrecklichen Keller kommen! Das wäre das Ende.

Über Mittag, während die anderen aßen, packten mich einige deutsche Kameradinnen auf ein Bett, versteckten mich, indem sie sich vor mich setzten, und sobald der Schlüssel ins Schloß gesteckt wurde, rissen sie mich auf und stellten mich auf die Beine.

Einmal gelang das nicht. ... Ich lag wieder halb bewußtlos auf dem Bett. Die Kameradinnen suchten in meinem Bündelchen nach Briefen, die ich versteckt bei mir trug, nach der Adresse meiner Mutter, um ihr von meinem Ableben berichten zu können, denn keiner glaubte mehr daran, daß ich durchkommen würde.

Plötzlich ging die Tür auf, und der Vorsteher stand da. Ich richtete mich mühsam auf und war verängstigt. (Ich hatte) nur den einen Gedanken im Sinn: Jetzt ist es zu Ende! Jetzt muß ich in den Keller, und dann ist alles aus! Er sah mir forschend ins Gesicht, das geschwollen und fiebergelühend war, und fragte dann die Stubenälteste, ein Polin: "Was ist mit der Frau passiert,

die ist doch schwer krank." ... Er ordnete dann an, daß ich mich sofort ins Bett legen und am anderen Morgen ins Spital gehen sollte. ... Nach einer Untersuchung erfolgte (schließlich) meine Aufnahme ins Spital.

Um den Kierownik (leitender polnischer Beamter) vor Strafe zu schützen, - es war ja ein bodenloser Leichtsinn, eine Typhuskranke in der Gemeinschaft von 800 Menschen zu lassen, - wurde ich ... lange Zeit isoliert gehalten. Das war mein Glück.

Als ich anfangs noch sehr schwach und teilweise ohne Besinnung (im Krankenhaus) lag, hörte ich, wie jemand zum Kierownik sagte: "Die Frau wird sterben." Darauf antwortete er: "Kann, kann, Bretter sind genug da!"

Mein Gedanke war: Den Gefallen tue ich euch nicht! Ich habe geatmet und immer wieder geatmet, so oft ich erwachte. Durch diese Atemübungen bekam ich wieder neue Kraft. Etwas anderes stand mir nicht zur Verfügung. Das Atmen konnten sie mir jedoch nicht verbieten. Ich bekam weder Medizin noch irgendeine Behandlung noch besseres Essen. Von Pflege war überhaupt nicht zu reden.

Ich fühlte, daß das Herz durch meine systematischen Atemübungen allmählich wieder kräftiger schlug, das Leben in mir wieder neu zu pulsieren begann. Das Fenster war Tag und Nacht weit geöffnet, so daß die Atemübungen ständig frischen Sauerstoff in meinen erschöpften Körper bringen konnten. Anfangs verlor ich noch oft das Bewußtsein, allmählich aber wurde es besser. Nach 3 Monaten durfte ich schon spazieren gehen. ...<<

Ungarn: Hegyhataroc im Komitat Baranya – Erlebnisbericht des Landwirts Heinrich S. (x008/90): >>Die Ausweisungen nach Deutschland begannen in unserer Ortschaft im Mai 1948.

Etwa 75 % der Deutschen haben ihre Heimat ... verlassen müssen. Die Ausweisung erfolgte nicht brutal. Die neuen Herren, die Pußta-Madjaren und CSR-Madjaren haben sich von uns sehr schwer verabschiedet. ... Viele Madjaren haben uns noch Geld zugesteckt, das uns aber von den madjarischen Polizisten bei der Abfahrt weggenommen wurde. Es fuhren sogar Madjaren bis Dombovar nach, wo wir einige Tage Halt machten, und brachten uns Lebensmittel. Es war ein menschlicher Abschied.

Ich persönlich freute mich, daß wir nun vom Elend erlöst wurden, aber als wir die Ortschaft verließen und am Friedhof vorbeikamen, packten auch mich die Tränen.

Abschließend darf ich feststellen, daß die Sympathien der Madjaren gegenüber den Deutschen in dem Maße stiegen, in dem wir unterdrückt wurden. Am 25. Mai 1948 fuhr mein Transport ... über Budapest nach Pirna.<<

28.05.1948

Ungarn: Bezirk Pecs im Komitat Baranya – Erlebnisbericht des Tierarztes R. N. (x008/75-76): >>Da ich mich vor 2 Jahren, als ich aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, wegen der drohenden Internierung oder Auslieferung nach Rußland nicht angemeldet hatte, hielt ich mich illegal in meiner Heimatgemeinde auf.

Im Mai 1948 wurde ich beim Nationalkomitee der Gemeinde denunziert. - Es war am 28. Mai 1948. Ich kam am Abend von der Arbeit. Ich trug eine Sense auf der Schulter, denn ich hatte für einen magyarischen Bauern Gras gemäht. Als ich ins Dorf kam, sah ich einen Polizisten, der gerade mit dem Bürgermeister sprach. ...

Da ich ahnte, daß man mich festnehmen wollte, ergriff ich die Flucht. ... Die Polizei führte anschließend sofort eine Razzia durch, um mich zu ergreifen, aber es gelang ihnen nicht. ...<<

WBZ: Im "Telegraf" vom 28. Mai 1948 kritisiert Arno Scholz die SED (x116/24): >>Die SED bringt das deutsche Volk in die gleiche Situation, in die es nach dem Ersten Weltkrieg kam. Auch damals mußten sich alle Kräfte gegen den Kommunismus wehren. ...

Sie waren es, die den demokratischen und sozialistischen Kräften in den Rücken fielen, die sich an der Wahl zur Nationalversammlung nicht beteiligten und den Regierungen durch Aufstände und andere politische Aktionen ständig Schwierigkeiten machten.<<

01.06.1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Juni 1948 täglich nur 1.542 Kalorien zugeteilt.

02.06.1948

WBZ: Viktor Brack (1904 in Haaren geboren) wird in Landsberg/Lech gehängt. Brack leitete zunächst von 1939-41 die "Vernichtungsaktion T4" ("Euthanasie-Programm").

In den NS-Vernichtungslagern organisierte und überwachte Brack anschließend den Bau und Betrieb der Tötungseinrichtungen (Gaskammern und Vergasungswagen).

Großbritannien: Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endet mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes und die Bildung eines westdeutschen Staates anzustreben (x156/55-56): >>Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr ...

Weiter wurde die Frage der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation Deutschlands von allen Delegationen beraten. Die Delegierten erkennen an, daß es bei Berücksichtigung der augenblicklichen Lage notwendig ist, dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, die gemeinsame Grundlage für eine freie und demokratische Regierungsform zu schaffen, um dadurch die Wiedererrichtung der deutschen Einheit zu ermöglichen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt zerrissen ist.

... Die Delegationen sind der Ansicht, daß die Bevölkerung in den Ländern die Ausarbeitung einer Verfassung wünscht, die Bestimmungen enthält, die von allen deutschen Ländern angenommen werden können, sobald die Umstände es zulassen. ...

Diese Verfassung soll so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglicht, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt und gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsieht und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiert.

Wenn die Verfassung, die von der verfassunggebenden Versammlung vorbereitet wird, nicht gegen diese allgemeinen Grundsätze verstößt, werden die Militärgouverneure die Bevölkerung in den betreffenden Staaten zur Ratifizierung ermächtigen. ...<<

Der nordamerikanische Historiker Gimbel schreibt später über die Hintergründe dieser Entscheidung (x156/54): >>Die Art, in der die Londoner Empfehlung zur Bildung einer westdeutschen Regierung erfüllt wurde, zeigt also, daß die demokratischen Ideen hinter alliierten Interessen zurückstehen mußten und daß die Alliierten auf bestimmten Bedingungen, Strukturen und Machtverhältnissen bestanden, die die Deutschen vielleicht aus freien Stücken akzeptiert hätten, vielleicht aber auch nicht. Diese Unnachgiebigkeit hat ihre besondere Bedeutung, weil sich daraus ersehen läßt, daß die alliierte Entscheidung, die Bonner Regierung zu errichten, nicht wesentlich von den bisher in der Besatzungspolitik geltenden Grundsätzen und Bemühungen abwich. ...

Die Entscheidung, eine westdeutsche Regierung zu errichten, war nicht mit der Freigabe von Interessen verbunden. Es läßt sich vielmehr nachweisen, daß die Anstrengungen, bestimmte alliierte Ziele und Bemühungen weiter zu verfolgen, noch verstärkt wurden.<<

03.06.1948

SBZ: Die SMAD läßt Ausbildungseinheiten für die spätere "Kasernierte Volkspolizei" aufstellen.

09.06.1948

Ostdeutschland: Der polnische Starost (Landrat) von Neidenburg, Ostpreußen, erklärt in einer amtlichen Mitteilung zur Option für Polen (x002/206): >>In Verbindung mit Ihrem ungeklärten Verhältnis zum polnischen Volk und Staat fordere ich Sie auf, sich innerhalb von 2 Wochen ... zu erklären, ob sie die polnische Staatsangehörigkeit dadurch zu erwerben wünschen, daß Sie die Treueerklärung dem polnischen Volk und Staat gegenüber bekunden und unterzeichnen. Für den Fall, daß Sie sich in der oben erwähnten Frist nicht erklären, bemerke ich, daß Ihre Wirtschaft ... vom Staat übernommen wird.<<

10.06.1948

Rumänien: Der 2. Kongreß des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei beschließt am 10. Juni 1948 eine Änderung der Nationalitätenpolitik (x007/101E): >>... (um) das Problem der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen und dem Banat auf demokratische Weise zu lösen. ...

Nach "Ausmerzung des Einflusses, den der Hitlerismus in den Reihen der deutschen Bevölkerung in der Volksrepublik Rumänien gehabt hat", sollte, so wollte es die Resolution, mit Hilfe des Zentralkomitees "eine Arbeiterpartei der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage der Klassendifferenzierung" geschaffen werden.<<

11.06.1948

Rumänien: Die Große Nationalversammlung genehmigt am 11. Juni 1948 ein Gesetz über die Verstaatlichung von Industrie-, Bank-, Versicherungs-, Hütten- und Transportunternehmen (x007/165E-174E):

>>Kapitel I.

Gegenstand der Verstaatlichung.

Art. 1. Es werden verstaatlicht alle Bodenschätze, die bei Inkrafttreten der Verfassung der Rumänischen Volksrepublik nicht Eigentum des Staates waren, wie auch die Privatbetriebe, Gesellschaften jeder Art und Einzelverbände der Industrie, des Bank-, Hütten-, Transport- und Telekommunikationswesens ...

Soweit Betriebe durch Sonderabkommen zwischen einem fremden Staat und dem rumänischen Staat begründet werden, wird alles, was nicht diesen beiden Staaten gehört, verstaatlicht.

Art. 2. Zugleich mit den Hauptbetrieben werden sämtliche Nebenbetriebe verstaatlicht. ...

Kapitel II.

Auswirkungen der Verstaatlichung.

Art. 6. Durch die erfolgte Verstaatlichung gehen die Betriebe mit dem Handelsfonds und sämtlichen zum Zwecke der Ausbeutung eingegangenen Verpflichtungen in das Eigentum des Staates über. ... In die Aktiva und Passiva sämtlicher verstaatlichten Betriebe werden aufgenommen:

a) Zu den Aktiva sämtliche beweglichen und unbeweglichen Güter, körperlicher und unkörperlicher Natur, wie Grundstücke, Bauten, Einrichtungen, Patentrechte, Lizenzen, Verträge, Vollmachten, eingetragene Warenzeichen, Wertpapiere, Wechsel, Hinterlegungsbelege, Bargeld, dem Betrieb geschuldete Beträge, Zubehör, Rohmaterialien, Halb- und Fertigerzeugnisse und anderes dergleichen;

b) zu den Passiva die gesamten Verpflichtungen des Betriebes.

Das vorliegende Gesetz bewirkt, daß die verstaatlichten Betriebe in alle Rechte und Pflichten der alten Betriebe eintreten. ...

Kapitel III.

Verstaatlichungsprozedur.

Art. 8. Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes ernennen die zuständigen Ministerien Direktoren, deren Aufgabe es ist, von den Eigentümern, deren Vertretern oder Beauftragten die Leitung der verstaatlichten Betriebe auf Grund der summarischen vorhandenen Sachlage zu übernehmen.

Die neuen Direktoren üben die Befugnisse der alten Leitungsorgane aus. In Abwesenheit der Eigentümer, ihrer Vertreter oder Bevollmächtigten wird der Betrieb, in Stadtgemeinden in Anwesenheit der Polizeiorgane, in Landgemeinden, der Gemeindeorgane übernommen.

Art. 9. Bis zur Übernahme der Betriebe durch die neue Leitung steht die alte Leitung der neuen für jegliche Erläuterungen, die das Inventar und die dafür abgeschlossene Bilanz betreffen, zur Verfügung und ist für festgestellte Mängel, mit Ausnahme der Mängel und Schäden, die aus Handlungen der neuen Leitung stammen, verantwortlich. ...

Kapitel IV.

Entschädigungen.

Art. 11. Seitens des Staates können an die Eigentümer und Aktionäre der verstaatlichten Betriebe Entschädigungen gewährt werden.

Zu diesem Zweck wird der "Fonds der verstaatlichten Industrie" als autonome juristische Person des öffentlichen Rechts mit Hauptsitz in Bukarest gegründet. ...

Art. 13. Die den Eigentümern zustehenden Entschädigungen werden durch die den Gerichten angeschlossenen Kommissionen, die aus 3 vom Justizministerium ernannten Richtern bestehen, festgestellt.

Die Entscheidungen dieser Kommission sind nicht anfechtbar. ...

Art. 15. Entschädigungen werden nicht gewährt:

- a) denjenigen, die sich – im Dienste des Staates, der Kreise oder Gemeinden stehend – durch unerlaubte, gerichtlich festgestellte Taten während ihrer Dienstzeit bereichert haben;
- b) denjenigen, die das Land auf geheime oder betrügerische Art verlassen haben, wie auch denjenigen, die nach Ablauf des Gültigkeitsvermerks der durch die rumänischen Behörden ausgestellten Reisepässe nicht fristgemäß ins Land zurückgekehrt sind.

Kapitel V.

Konzessionen, Gründung neuer Betriebe.

Art. 16. In den Betriebszweigen, die der Verstaatlichung verfallen sind, fällt das Recht, neue Betriebe zu gründen, dem Staat zu. ...

Kapitel VI.

Sanktionen.

Art. 18. Mit 5-10 Jahren Zwangsarbeit und Vermögensentzug werden diejenigen bestraft, die, ohne Rücksicht auf die angewandten Mittel, mit Absicht die durch das vorliegende Gesetz vorgesehene Verstaatlichung zunichte machen oder zu vereiteln suchen; die einen Teil des Betriebsgutes verheimlichen oder beschädigen, es vernichten, veräußern, verlagern, exportieren oder durch irgendwelche anderen Mittel die der Verstaatlichung unterworfenen Güter oder Anlagen vermindern.

Die gleiche Strafe erhalten auch diejenigen, die versuchen, den staatlichen Organen ungenaue oder unvollständige Angaben über die in Frage kommenden Güter zu geben.

Kapitel VII. Schlußbestimmungen.

Art. 21. Mit der Durchführung der Verstaatlichung und mit der Lösung der Probleme und Konflikte, die sich aus ihrer Anwendung ergeben, wird der Ministerrat beauftragt. ...

Art. 22. Die verstaatlichten Betriebe können auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates den örtlichen Verwaltungen in Eigentum oder zur Nutzung gegeben werden.

Art. 23. Bei Auflösung eines verstaatlichten Betriebes geht das nach der Liquidation verbleibende Netto der Aktiva in Staatseigentum über. ...<<

16.06.1948

WBZ: Das Kabarett "Die Mausefalle" (Leitung: Werner Finck) beginnt mit dem Programm: "Wir sind wieder soweit!"

17.06.1948

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Bezirk Tscheljabinsk – Erlebnisbericht der Gerlinde W. (x002/21): >>Am 17. Juni 1948 bin ich zum Heimtransport verladen worden.

Aus dem Lager Tscheljabinsk fuhren nur Kranke und Schwache nach Hause. In Brest-Litowsk hielt man noch eine letzte Leibesvisitation ab, um jegliche Schriftsachen oder Adressenmaterial zu vernichten, nur um das Los der noch Zurückgebliebenen zu erschweren.

Am 28. Juni 1948 trafen wir in Frankfurt ... ein.<<

18.06.1948

SBZ: Der Personenverkehr von und nach den Westzonen wird völlig gesperrt.

WBZ: Jack Bennett (Finanzberater der US-Regierung) informiert über die bevorstehende Währungsreform (x112/529): >>Die neue Währung heißt "Deutsche Mark".<<

19.06.1948

Ostdeutschland: Internierungslager in Landsberg an der Warthe, Ostbrandenburg – Erlebnisbericht der G. W. (x002/548-550): >>Am 19. Juni 1948 sind wir dann mit einem Transportzug aus Landsberg abgefahren und kamen über Forst am 25. Juni in Görlitz an. Unterwegs mußten wir vor Reppen 3 Tage auf freier Strecke liegen. Man wollte uns nicht weiter lassen. Russische und polnische Kommissionen kontrollierten ständig den Transport. Dauernd wurden Verhandlungen geführt. ...

Schließlich wurden noch ungefähr 50 Personen ausgesucht, welche zurückbleiben mußten. Es waren einige alte Frauen und Männer, die man bereits im Altersheim untergebracht hatte, weil sie keine Angehörigen mehr in Polen hatten. Sie hatten sich schon auf ein Wiedersehen mit ihren Angehörigen (im Westen) gefreut. ... Einige Familien mit arbeitsfähigen Personen mußten ebenfalls zurückbleiben. Alles Flehen und Bitten half nichts, man ließ sie nicht ausreisen. (Ich) habe nie mehr etwas von ihnen gehört. ...

Ich bin durch all die schweren Jahre sehr vergeßlich geworden und mit meinen Nerven vollkommen runter. Ich wog bei meiner Ankunft im Westen nur noch 72 Pfund, früher hatte ich 100 bis 110 Pfund gewogen. Ich habe mich schwer von allem erholt und wog erst im Jahre 1952 wieder 100 Pfund. Auch mein Kind ist für sein Alter zu klein, zu schwach und sehr zart, aber sonst - Gott sei Dank - gesund.

Die Verhältnisse in Polen waren in den letzten Jahren sehr schlecht. Die Vorräte der Deutschen waren längst verbraucht, und die Polen hatten vielfach keine Lust zur Arbeit. Die Felder lagen brach und wurden nicht bestellt. Besonders trübe und öde sah es in der Nähe der Oder-Neiße-Linie aus. In Landsberg und Umgebung, ebenso in Schlesien und Pommern siedelten meistens Polen aus den Bug- und hinteren Weichsel-Gebieten. Fast alle Wirtschaften hatte man ausgeplündert. ... Viele Bewohner hatten kein Vieh. Sie lebten sehr ärmlich und hatten kein Interesse, etwas anzubauen. Sie sagten, es wäre nicht ihre Heimat, und sie wollten wieder nach Haus (nach Ostpolen).

Es wurde auch nichts ausgebessert oder aufgebaut. Die Ziegelsteine und Holzbalken, welche wir in Landsberg aussortiert hatten, kamen nach Warschau zum Aufbau der Stadt. Auch fast unbeschädigte Häuser wurden nicht repariert, sondern vollkommen abgerissen. In vielen Orten wurden damals Kolchosen eingerichtet. Die nichtkommunistischen Polen waren sehr verbittert.<<

21.06.1948

WBZ: In den Westzonen wird die Währungsreform durchgeführt. Jeder Westdeutsche erhält ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einige Tage später um 20 DM erhöht wird. Sämtliche Forde-

rungen werden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauscht man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/214).

Diese Währungsreform trifft besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die "kleinen Leute" verlieren durch diese Inflation fast ihr gesamtes Vermögen. Die Besitzer von Sachwerten (Unternehmer, Kaufleute und Landwirte) werden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhalten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wird nicht reduziert und sie werden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit. Die Währungsreform der Alliierten ist für die große Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schafft trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau.

23.06.1948

Berlin: In West-Berlin wird die DM eingeführt.

24.06.1948

Polen: Die Außenminister der Ostblockstaaten beschließen am 24. Juni 1948 in Warschau eine gemeinsame Erklärung (x028/188): >>Die Politik der Besatzungsmächte in den westlichen Zonen von Deutschland ermuntert die deutschen revisionistischen Elemente, die eine Kampagne führen gegen die von den Konferenzen in Jalta und Potsdam geschlossenen Abkommen über den demokratischen Wiederaufbau und die Entmilitarisierung Deutschlands, sowie über seine Verpflichtung zur Entschädigung für die Schäden, die durch die deutsche Aggression verursacht worden sind. ...

Im Besonderen bekämpfen die deutschen revisionistischen Elemente die polnisch-deutsche Grenze an der Oder und der westlichen Neiße, die eine unverletzliche Grenze ist, eine Friedensgrenze.<<

SBZ: Gemäß SMAD-Befehl wird die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entspricht z.T. dem Tausch in den Westzonen).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungsreform" in der SBZ (x009/474-475): >>Durch die vom 23. bis 28.6.1948 in der SBZ und Ost-Berlin auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 111 durchgeführte Währungsreform wurde die - bis dahin für ganz Deutschland geltende - Reichsmark für die SBZ durch Reichsmarkzeichen mit aufgeklebten Spezialkupons, neue "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" (DM Ost), abgelöst.

Es galten sehr differenzierte Umtauschrelationen, die das "staatliche" Vermögen stark bevorzugten.

Im einzelnen wurden umgetauscht: bei Privatpersonen Barbeträge bis zu RM 70,-- im Verhältnis 1:1, bis RM 1.000,-- im Verhältnis 5:1, vor dem 9.5.1945 entstandene Einlagen 10:1, wobei jedoch geprüft werden mußte, ob Beträge über RM 3.000,-- "rechtmäßig" erworben waren.

Bei Beträgen über RM 5.000,-- wurden von vornherein Kriegs- oder Schwarzmarktgewinne angenommen. Diese Beträge sind - falls nicht das Gegenteil bewiesen werden konnte - eingezogen worden, ebenso das Geldvermögen von "faschistischen Verbrechern und Kriegsverbrechern". Über diese umgetauschten Altguthaben konnte zudem nicht verfügt werden. Sie wurden in eine Altguthaben-Ablösungsanleihe umgewandelt, die seit 1959 in 25 gleichen Jahresraten getilgt wird.

Beträge nicht volkseigener Betriebe wurden nur bis zur Höhe des wöchentlichen Umsatzes und der Lohnrückstände bei Handels- und anderen Wirtschaftsorganisationen in Höhe der wöchentlichen Lohnsumme im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Dagegen wurden alle Einlagen von ... volkseigenen Betrieben voll im Verhältnis 1:1, Versicherungspolice im Verhältnis 1:3 umgetauscht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungspolitik" in der SBZ (x009/474): >>Die kommunistischen Machthaber der SBZ verkünden zwar lautstark, daß eine Inflation in ihrem Herrschaftsbereich nicht möglich sei, jedoch sind sie seit Schaffung der DM Ost bemüht, die permanente Inflation zu verhindern oder wenigstens zu bremsen.

Diese permanente Inflation äußert sich in einer ständigen Unterversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern, die sich von Zeit zu Zeit zu Versorgungskrisen ausweitet.

Gründe hierfür sind eine Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie wegen Devisenhandels, Zwangsexporte hochwertiger Verbrauchsgüter und die Unmöglichkeit, Lebensmittel und Verbrauchsgüter zu importieren, Materialmangel, Fehlplanungen und Nichterfüllung der Produktionspläne einerseits und eine ständige außerplanmäßige Überziehung des Lohnfonds andererseits. Diese Tatsachen führen zu einem Kaufkraftüberhang. ...<<

Berlin: Sowjetische Truppen blockieren sämtliche Land- und Wasserwege zu den Berliner Westsektoren und unterbrechen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern.

General Lucius Clay (1897-1978; von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärt nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben könnte (x116/235).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetische Blockade Berlins (x009/60-62): >>Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands, kann jedoch z.Z. diese Funktion nicht ausüben. Mit 883,8 qkm Bodenfläche und 3,39 Millionen Einwohnern ist Berlin die größte deutsche Stadt. Von ihren 20 Verwaltungsbezirken gehören 12 mit 481 qkm und 2,2 Millionen Einwohnern zu den 3 westlichen Sektoren, 8 mit 403 qkm und 1,07 Millionen Einwohnern gehört zum Sowjetsektor. ...

Als Sitz des Kontrollrates auch nach der Kapitulation noch Regierungssitz für ganz Deutschland, wurde Berlin durch eine dem Kontrollrat nachgebildete Viermächteverwaltung regiert. ... Um die Position der Westmächte in Berlin unmöglich zu machen, sollten diese und die West-Berliner Bevölkerung durch die Blockade vom 24.6.1948 (Unterbrechung der Verbindungswege von Berlin West nach der Bundesrepublik, dem Sowjetsektor und der SBZ) ... von allen Nachrichten-, Verkehrs- und Handelsverbindungen abgeschnitten werden.

Die SMAD und SED vertraten plötzlich die Auffassung, Berlin sei ein Teil der SBZ. Die Blockade wurde durch die Luftbrücke, über die zuletzt ca. 8.000 t Güter pro Tag eingeflogen wurden, praktisch unwirksam und politisch zu einer kommunistischen Niederlage.

Berlin hatte durch die Währungsreform vom 23.6.1948 (Ostsektor 24.6.) zwei verschiedene Währungen erhalten (DM West und DM Ost). Die Westmächte hätten der DM Ost für ganz Berlin zugestimmt, falls ihre Forderung nach Mitkontrolle der Berliner Währung von den Sowjets angenommen worden wäre. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die SBZ (x009/378-379): >>(SBZ ist die) Abkürzung für sowjetische Besatzungszone. Teil Deutschlands, der auf Grund der Vereinbarungen unter den Alliierten nach der Kapitulation von sowjetischen Truppen besetzt wurde. Das Gebiet der SBZ ist nicht identisch mit dem durch die Sowjets militärisch eroberten Gebiet. Ein großer Teil des von Engländern und Amerikanern eroberten Raumes wurde im Sommer 1945 der Sowjetunion abgetreten.

Der sowjetische Sektor von Berlin gehört weder rechtlich noch verwaltungsmäßig zur SBZ, wird aber als Hauptstadt der DDR beansprucht. Die vielgebrauchte Bezeichnung "Ostzone" für die SBZ ist irreführend. Die SBZ hat als Mittelzone zu gelten, da sie mitten zwischen der Bundesrepublik und den zur Zeit von Polen und der Sowjetunion verwalteten Ostgebieten liegt.<<

26.06.1948

Berlin: General Clay erteilt den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten. Die Nordamerikaner und Briten fliegen bis zum Ende der Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rd. 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).

28.06.1948

UdSSR: Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) kritisiert Jugoslawiens (Titos) "falsche Politik" (x148/190): >>... Das Informationsbüro stellt fest, daß die Leitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens gegenüber der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der UdSSR eine unfreundliche Politik verfolgt.

Es wurde in Jugoslawien eine unwürdige Politik der Verleumdung sowjetischer Militärspezialisten und der Diskreditierung der Sowjetarmee zugelassen. Für die zivilen sowjetischen Spezialisten in Jugoslawien wurde ein besonderes Regime geschaffen, kraft dessen sie der Überwachung durch die Organe der Sicherheitspolizei des jugoslawischen Staates unterstellt und von Agenten verfolgt wurden. ...

Alle diese und ähnliche Tatsachen zeugen davon, daß die Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens eine für Kommunisten unwürdige Haltung bezogen haben ...<<

Juli 1948

>>Denn was ich gefürchtet habe, ist über mich gekommen, und wovor mir graute, hat mich getroffen. Ich hatte keinen Frieden, keine Rast, keine Ruhe, da kam schon wieder ein Ungemach!<< (Hiob 3, 25-26)

01.07.1948

Rumänien: Hermannstadt in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht des Fabrikanten Viktor F. (x007/296): >>Mitte 1948 erfolgte dann der große Schlag gegen die besitzende Klasse.

Die Fabriken wurden enteignet und verstaatlicht, und zwar ohne jedwede Vergütung. Unseren sächsischen Bauern nahm man den Grundbesitz weg und vertrieb sie von Haus und Hof. Meistens waren es Zigeuner, die an ihre Stelle kamen. Leute, die gar keine Erfahrung hatten, nicht arbeiten wollten. So ging die blühende Landwirtschaft unseres sächsischen Volkes zugrunde. Es folgte dann noch die Wegnahme der größeren Geschäftsläden. Apotheken und die Werkstätten der Kleingewerbetreibenden wurden in Kollektiven zusammengefaßt.

Unser sächsisches Volk, das in allen Wirtschaftszweigen (Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft) Siebenbürgens eine große Rolle spielte und führend war, verarmte vollständig. Unsere Betriebe ... durften wir nicht mehr betreten; wir waren arbeitslos und erhielten auch keine Lebensmittel mehr. Vieles mußten wir auf dem "schwarzen Markt" besorgen. ... Dort mußten wir bis 100 Lei für 1 kg Brot bezahlen, während das mit Lebensmittelkarte gekaufte Brot nur 14 Lei kostete.<<

WBZ: Die westlichen Militärgouverneure übergeben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 die sog. "Frankfurter Dokumente" und beauftragen sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Die übergebenen Dokumente enthalten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus (x156/56-57): >>In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte.

Die Verfassungsgebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen

und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.

Wenn die Verfassung in der von der Verfassunggebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht im Widerspruch steht, werden die Militärgouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung genehmigen. Die Verfassunggebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst.

Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils anzunehmenden Regeln und Verfahren. Sobald die Verfassung von 2 Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. ...

... Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den alliierten Behörden notwendig. ...

1. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. ...

a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten;

b) das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel ... auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und das die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden;

c) vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie z.B. in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen ... und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung auszuüben;

d) das Ansehen der Besatzungsstreitkräfte zu schützen ...

2. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatus zu sichern.

3. ... a) Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen. ...<<

03.07.1948

SBZ: Gemäß SMAD-Befehl wird die "Kasernierte Volkspolizei" aufgestellt.

04.07.1948

SBZ: Der stellvertretende DWK-Vorsitzende Selbmann berichtet am 4. Juli 1948, daß man bereits 9.281 gewerbliche Unternehmen, darunter sind zahlreiche kleine und mittlere Handwerks-, Transport- und Handelsunternehmen, enteignet hat (x009/464).

05.07.1948

SBZ/Ostpreußen: Kreis Gumbinnen in Ostpreußen – Erlebnisbericht des B. L. (x002/149-150): >>Es sind viele Deutsche für immer nach Litauen gegangen.

Ich fand im Sommer 1948 noch sehr viele Deutsche: Männer, Frauen und Kinder, die bei litauischen Bauern Unterkunft und Arbeit gefunden hatten. Die Kinder hatten vielfach schon ihren deutschen Familiennamen vergessen. Es gab auch viele Fälle, wo Litauer deutsche Kinder adoptiert hatten. ... Viele, sehr viele Deutsche sind durch Litauer und Letten vor dem Hungertode gerettet worden.

Wir gedenken in tiefer Dankbarkeit dieser Hilfe. Wir werden sie nicht vergessen und wollen es auch unseren Nachkommen einprägen, wie Litauer und Letten uns in dieser Notzeit geholfen haben.<<

08.07.1948

SBZ/Ostpreußen: Die sowjetisch-polnische Grenze durch Ostpreußen wird am 8. Juli 1948 ohne Zustimmung der westlichen Siegermächte "endgültig festgesetzt" (x028/241).

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Ural – Erlebnisbericht der Schneiderin Anna S. (x002/102):

>>Nun hieß es, der nächste Transport geht nach Deutschland. ...

Auch wir wurden aufgerufen und mit Lastautos zum Lager gebracht. Alle Frauen über 30 Jahre, Kranke, Schwache und Invaliden sollten heimfahren. (Es folgte) noch eine Kommissionierung. Gott sei Dank (war es) die letzte, und wir durften uns auf die Heimkehr freuen. Den Zurückbleibenden wurde in die Hand versprochen, sie nicht zu vergessen und ihnen zu helfen, auch bald in die Heimat zu kommen.

Meine Heimreise sah anders aus als die Hinreise. Wir fuhren wohl auch in Viehwagen, aber die Türen standen offen, wir hatten Wasser, um uns zu waschen und den Raum sauber zu halten. An den Haltestellen konnten wir Obst, Milch, Brot, Fleisch und andere Dinge kaufen. Unser Zug war mit Grün, Stalinbildern und Transparenten geschmückt. Auf ihnen stand geschrieben: "Großer Stalin, wir danken Dir für die Heimkehr!" ...<<

Zwangsarbeitslager in Rußland – Erlebnisbericht der L. A. (x008/55): >>Von Monat zu Monat versprach man uns, daß wir bald in die Heimat zurückkehren könnten.

Nun kam wieder ein Sommer. Schon so mancher Kamerad hatte bereits sein Leben im gefährlichen Bergwerk gelassen. Durch die schwere Arbeit und schwache Kost wurde ich wieder krank. Der russische Arzt schrieb mich für schwere Grubenarbeiten arbeitsunfähig. Ich bekam jetzt ganz leichte Arbeiten. ...<<

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 8. Juli 1948 (x095/78): >>... Bis jetzt ist die Währungs-umstellung und die wirtschaftliche Umstellung ein Erfolg. Es sind nicht so große Reibungen eingetreten, wie wir es befürchtet haben. Allerdings herrscht jetzt noch in weiten Kreisen, nachdem die Kopfquote aufgebraucht ist, große Sorge für die Zukunft. Das gilt vor allem von alten Leuten und von den Vertriebenen und Ausgebombten, die ihre letzten Sparpfennige durch die Geldentwertung verloren haben. ...<<